



## Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Berufsschulen als Motoren des dualen Systems weiter stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Mehrwert des dualen Ausbildungssystems für Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft kann nicht hoch genug geschätzt werden. Jedoch wird die Berufsausbildung oft als Bildungsweg zweiter Klasse wahrgenommen. Das Image der beruflichen Bildung in Sachsen-Anhalt muss daher dringend verbessert werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher,

1. auf der Grundlage des „Berichts über Berufsschulangebote, Entwicklungsperspektiven und Berufsschulwege“ ein an den demografischen Anforderungen angepasstes Berufsschulnetz in Sachsen-Anhalt zu entwickeln, bei dem die Bildung von Landes- und Regionalfachklassen und der Besuch berufsbildender Schulen unabhängig von Kreis- und Landesgrenzen unter Beachtung des Schullastenausgleichs Berücksichtigung findet;
2. auch im Hinblick auf mehr Differenzierung und Durchlässigkeit im Bildungssystem den Beschluss des Landtages Drucksache 6/3698 weiter konsequent umzusetzen und dabei das Angebot von hochwertigen Ausbildungsgängen sowie Fortbildungen oberhalb des DQR-Niveaus 5 zu erhöhen, um auch Leistungsstärkeren attraktive Wege in die Berufsausbildung zu eröffnen;
3. die beim verpflichtenden Besuch einer auswärtigen Berufsschule und Internatsunterbringung verursachten Mehrkosten für Auszubildende hinreichend auszugleichen und dabei auch die Einführung eines Azubi-Tickets zu prüfen, um das Fachkräftepotenzial in der Wirtschaft konsequenter zu fördern;
4. berufsbildende Schulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten durch gezielte Investitionen und unter Einbeziehung der von Bund und Land aufgelegten Programme zu fördern mit den Zielstellungen, diese zu modernsten technischen Bildungseinrichtungen zu entwickeln, um digitale Bildungsangebote zu ermöglichen und die Potenziale berufsbildender Schulen als dualer Partner der betrieblichen

(Ausgegeben am 15.08.2017)

Ausbildung für die Wirtschaft 4.0 und die Wissensgesellschaft konsequenter zu nutzen;

5. neben der Ausbildung von Lehrkräften an berufsbildenden Schulen ein Konzept für die Qualifizierung und Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern zu entwickeln;
6. die personelle und materielle Eigenverantwortung berufsbildender Schulen vor Ort sicherzustellen und zu stärken;
7. bei der Umsetzung der einzelnen Punkte im Ausschuss für Bildung und Kultur und im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung regelmäßig, erstmals am Ende des I. Quartals 2018, zu berichten.

## **Begründung**

Die Berufsbildung in Sachsen-Anhalt hat eine zentrale Bedeutung sowohl für die Wirtschaft als auch für den beruflichen Karriereweg der jungen Menschen. Durch ein flächendeckendes und leistungsfähiges Berufsschulnetz mit einer gezielten Förderung innovativer Berufsschulstandorte werden Bildungsstandards, die international anschlussfähig sind, sichergestellt. Gleichzeitig können Berufsschulen zu Fortschrittsmotoren im dualen System werden, wenn es darum geht, mehr Differenzierung in der beruflichen Bildung zu ermöglichen, das Angebot von hochwertigen Ausbildungsgängen sowie Fortbildungen oberhalb des DQR-Niveaus 5 zu erhöhen, das Spektrum an modernen Methoden und Medien zu erweitern und damit auch das Inklusionsvermögen des beruflichen Bildungssystems zu stärken.

Berufsschulen bieten ein zur betrieblichen Ausbildung ergänzendes, vielfältiges und umfangreiches Bildungsangebot bis in die ländlichen Regionen hinein. Diese Vorteile gilt es konsequenter zu fördern und aktiv zu bewerben. Zur Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung, zur Stärkung auch ländlich geprägter Regionen in Sachsen-Anhalt sowie zur Senkung der Lösungsquoten von Ausbildungsverträgen ist eine Anpassung der Aufwandsentschädigung für Auszubildende zwingend notwendig. Eine wesentliche Zielstellung dabei ist die Sicherstellung der Berufswahlfreiheit, gerade auch für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien. Durch den Ausgleich der beim Besuch einer auswärtigen Berufsschule (überregionale Fachklassen) verursachten Mehrkosten für Auszubildende wird die verfassungsrechtliche Gleichbehandlung mit Schülern, denen das Land eine wohnortnahe Beschulung und Ausbildung bereithält, gewährleistet. Gerade für Ausbildungsberufe mit sehr vielen Spezialisierungsrichtungen ist eine Konzentration an einzelnen regional gleichmäßig im Land verteilten Standorten nicht zu vermeiden. Unter Beachtung der Berufsfelder erfolgt dabei eine Spezialisierung getrennt in den Fachstufen.

Investitionen in modernste technische Infrastruktur an berufsbildenden Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten stärken die Kompetenzen für die Bewährung im digitalen Zeitalter und steigern die Attraktivität der dualen Berufsausbildung bei jungen Menschen, Eltern und Unternehmen. Durch zusätzliche Investitionen wird die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung umgesetzt. Dabei ist auch der Bund stärker in die Pflicht zu nehmen.

Zur Verbesserung der Lehrkräftesituation soll ein Konzept für die Qualifizierung und Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern entwickelt werden.

Die Potenziale von Berufsschulen für die Wissensgesellschaft sollen stärker genutzt werden. Ein Ziel besteht darin, den Fokus der Wissenschaft stärker auf die Vorteile der dualen Berufsausbildung zu richten und Impulse für die Weiterentwicklung des dualen Systems zu liefern. Die personelle und sächliche Eigenverantwortung der Schulleitungen vor Ort soll gestärkt werden.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN